

# BÜROKRATIE «Abbau muss sein»

Noch geht es uns gut, meint KMU-Experte Thierry Volery. Doch damit wir an der Spitze bleiben, müsse der Formulkrieg aufhören.

anpreisungen sind für Kosmetika nicht zulässig», schreibt Kantonschemiker Peter Kohler dem Beobachter. Nun wird das Produkt eben als «dermatologisches» Shampoo verkauft. Das ist erlaubt.

Nachdem Spirig wie verlangt alle Dokumente, Flyer, Packungen, Beipackzettel und Werbebroschüren zur Begutachtung ins kantonale Gesundheitsamt geschickt hatte, verbot der Kantonschemiker weitere Wörter: «Mir kam das vor wie eine Polizeirazzia», erinnert sich Pflugshaupt. «Das sind doch unverständliche Verbote. Da leidet kein Mensch darunter, da wird doch keiner krank deswegen.» Auf der Packung eines Deos verwendete Spirig das Wort «antibakteriell». Auch das ist verboten. «Dies suggeriert den Konsumentinnen und Konsumenten eine desinfizierende Wirkung», argumentiert Kohler. Und bezieht sich auf das Bundesamt für Gesundheit. Heute heisst es – auf Vorschlag des

Kantonschemikers – «bakteriostatisch». Das ist erlaubt. «Es soll verhindert werden, dass sich Personen mit Erkrankungen durch Werbeformulierungen für Kosmetika verleiten lassen, diese Produkte anzu-

wenden, obwohl ein Arztbesuch oder die Beratung in einer Apotheke oder Drogerie notwendig wären», so Kohler.

Auch die Wortverbindung «juckende Haut» im Text für eine kosmetische Salbe

**Beobachter: Schweizer Firmen klagen über die zunehmende Bürokratie. Wie schlimm ist es?**

**Thierry Volery:** Das ist tatsächlich ein ernstes Problem. Bund, Kantone und Gemeinden mischen sich immer mehr ein. Ständig stellen die Behörden neue Regeln auf. Es liegt in der Natur der Verwaltung, dass sie versucht, ihr Aufgabengebiet ständig auszuweiten. Auch das Parlament ist natürlich mitschuldig.

**Aber ist es denn nicht wichtig, dass zum Beispiel die Gesundheit der Arbeitnehmer durch Gesetze geschützt wird?**

Doch, doch. Das ist ein gutes Beispiel. Das Problem ist: Die Kontrolltätigkeit uferf aus. Laut einer Umfrage ist es der grösste Wunsch der KMU, Gebote und Verbote abzubauen. Diesen ganzen Formulkrieg. Auch der Prozess der Baubewilligungen könnte vereinfacht und beschleunigt werden. Und die



«Früher haben die Behörden das wenigstens selber kontrolliert. Heute muss ich das tun. Das kostet Zeit und Geld.»

ARTHUR VOGELSANGER,  
GARAGIST, NEUNKIRCH



«Ich habe doch keine Zeit, all das Papier im Detail durchzulesen.»

DANIEL WALDBURGER,  
NAXO AG, THUN



«Das Seco sagte plötzlich: Ist eigentlich in Ordnung, Übung abgebrochen. Ein Riesenaufwand für nichts.»

PETER SCHÜTZ,  
MEGA GOSSAU AG



«Mir kam die Kontrolle vor wie eine Polizeirazzia.»

CHRISTIAN  
PFLUGSHAUPT,  
SPIRIG AG,  
EGERKINGEN



«Wenn ich meinen Betrieb exakt nach den Vorgaben führen möchte, müsste der Tag 48 Stunden haben.»

ROBERTO PETRUCCI,  
«ZUM WEISSEN  
KREUZ», ZÜRICH



Mehrwertsteuer ist eindeutig zu kompliziert. Ständig gibt es neue Regelungen und Ausnahmen. Die Firmen müssen eigens Berater dafür anstellen. Darüber beschweren sich die KMU zu Recht.

**Ein Wirt ärgert sich über den Lebensmittelinspektor, der peinlich genau die Hygiene kontrolliert. Muss der Gast vor Mikroben geschützt werden?**

Wichtiger in der Gastronomie ist, dass jeder ohne Wirtepatent eine Beiz aufmachen darf. Dafür braucht es aber in diesem Bereich Kontrollen. Denken Sie an die Folgen der Liberalisierung der Fleischmehlproduktion in Grossbritannien: Da wurde überhaupt nicht mehr kontrolliert. Das Ergebnis: die Creutzfeldt-Jakob-Krankheit.

**Einem Salbenhersteller wurde verboten, «gegen juckende Haut» auf die Verpackung zu schreiben. Erlaubt ist hingegen «gegen beanspruchte Haut». Was sagen Sie dazu?**

Das ist absurder Perfektionismus. Man sollte die EU-Normen übernehmen. Sonst muss der Unternehmer noch eine unterschiedliche Verpackung für den Export herstellen. Viele Normen in der Schweiz sind übrigens immer noch nicht vereinheitlicht. Denken Sie an das Bauwesen. Es gibt fast 20 verschiedene Arten in der Schweiz, die Höhe von Gebäuden zu messen. Ähnliches gilt für den Brandschutz.

**Trotzdem: Im Ausland soll der administrative Aufwand noch viel grösser sein.**

Das stimmt für Deutschland oder für Frankreich. Die Macht der französischen Behörde ist wahnsinnig. Jeder vierte Angestellte arbeitet für den Staat. Vielleicht ist das ein Grund dafür, dass es diesen zwei Ländern wirtschaftlich nicht so gut geht. Reformen haben es da sehr schwer. Die Bürokratie weiss sich zu wehren.

**Worüber können sich hiesige Unternehmer nicht beklagen?**

Über ihre Arbeitnehmer. Die arbeiten mehr als die 35 Stunden der Franzosen, sind motiviert, streiken kaum und sind sehr gut ausgebildet.

**Ist die Jammerei der Unternehmer nun berechtigt oder nicht?**

Bei der Mehrwertsteuer eindeutig ja, auch beim Normen-



**Thierry Volery, Leiter des KMU-Instituts der Uni St. Gallen**

wirrwarr. Aber das bedeutet nicht, dass man gleich alles abbauen muss: Konsumenten- und Arbeitnehmerschutz haben ihre Berechtigung. Uns geht es immer noch gut. Aber wenn wir an der Spitze bleiben möchten, müssen wir vereinfachen und abbauen.

**INTERVIEW:  
CHRISTOPH SCHILLING**

überlebte die Kontrolle nicht. Untersagt! Heute steht stattdessen: gegen «beanspruchte Haut». Das ist gestattet.

Der Vermerk «Fragen Sie Ihren Arzt, Apotheker oder Drogisten nach weiteren Informationen» musste ebenfalls dran glauben. Begründung: Der Satz ist bei Kosmetika «nicht zulässig». Zudem empfahl der Kantonschemiker, den Hinweis «Erhältlich bei Ihrem Apotheker oder Drogisten» zu ersetzen durch «Erhältlich in Apotheken und Drogerien». Pflugshaupt schützt den Kopf: «Solche Auflagen sind doch Habakuk. Und haben uns mehrere zehntausend Franken gekostet.» Natürlich soll, wer ein Kosmetikum kauft, vor übertriebenen Anpreisungen geschützt werden. Doch fragt sich Pflugshaupt, ob in diesem Fall die Vorgaben nicht unverhältnismässig sind.

**Mehrwertsteuer-Bibel mit 2344 Seiten**

Groben Unfug müssen hiesige Unternehmer ebenfalls in Sachen Mehrwertsteuer über sich ergehen lassen. Jeden Tag nimmt der Bund 46 Millionen Franken über diese Steuer ein – sie macht einen Drittel der gesamten Bundeseinnahmen aus. Verständlich, dass der Bund via Inspektoren kontrolliert, ob die Unternehmen die Steuer auch richtig abrechnen. Firmenchef Schütz von Mega Gossau ist sich allerdings nicht absolut sicher, ob seine Firma mehrwert-

steuertechnisch alles richtig macht. Sie stellt Spezialwerkzeug her, das sie dem Kunden verrechnet, aber nicht ausliefert, weil es nur für die Produktion gebraucht wird. Solches Werkzeug ist für Mehrwertsteuerexperten ein Leckerbissen, für Unternehmer ein zäher Brocken. «Wir mussten uns von einem Spezialisten beraten lassen. Mein Finanzchef besuchte eigens einen Mehrwertsteuerkurs, wusste nachher aber immer noch nicht, ob wir es jetzt richtig machen.»

Schütz ärgert sich über diese Rechtsunsicherheit. Regelmässig schickt er seinen Personalchef an Kurse zur Weiterbildung in Sachen Mehrwertsteuer. Mittlerweile sind die offiziellen Dokumente zu diesem Thema sogar dicker als die Bibel: Sie umfassen 2344 Seiten. «Ein Mikrounternehmen kann es sich kaum leisten, wenn ein Mitarbeiter sich für einen Tag an einen Kurs verabschiedet», kritisiert Schütz und fordert den möglichst raschen Ausstieg «aus diesem Dschungel».

Daniel Waldburger fürchtet diese Unsicherheit auch: «Ich habe doch keine Zeit, all das Papier im Detail durchzulesen», sagt der Geschäftsführer der Naxo AG in Thun, die Tourenskibindungen herstellt. Vor vier Jahren hat Waldburger seine Firma gegründet, zwei ehemalige Arbeitskollegen eingestellt und bei Freunden und

Familie das Startkapital gesammelt. Banken waren nicht bereit zu investieren. Waldburger besorgt die Buchhaltung selber und fragt sich jedes Mal, «ob ich in Sachen Mehrwertsteuer wirklich alles richtig gemacht habe». Das sagt immerhin ein ausgebildeter Betriebsökonom.

**Arbeitsbeschaffung für Berater**

Seine Sorge ist berechtigt. Denn wer Fehler macht, muss im schlimmsten Fall fünf Jahre nachzahlen. Sogar Peter Balastè vom Seco räumt ein: Die Sanktionen könnten je nach Finanzlage der Firma «drastisch» sein. Warum bietet der Bund kein Sorgentelefon an? Zu kompliziert, heisst es, weil jeder Kanton den Vollzug der Bundesgesetze «wieder ein bisschen anders organisiert». Immerhin hat Bundesrat Hans-Rudolf Merz angekündigt, einen Einheitssatz einzuführen. Doch selbst im günstigsten Fall dürfte die Reform nicht vor 2010 in Kraft treten.

Derweil lachen sich all die Berater und Gutachter ins Fäustchen, die von diesem Wirrwarr profitieren. Und jene, die solche Berater ausbilden. Zum Beispiel eine Schweizer Fernfachhochschule, die den Titel «Master of Advanced Studies in Value Added Tax» (prosaischer: Mehrwertsteuerspezialist) anbietet. Für 24 800 Franken ist man dabei.